

Christel Hausding ist Präsidentin der Landessynode

Die promovierte Erziehungswissenschaftlerin vom Gesprächskreis „Lebendige Gemeinde“ tritt die Nachfolge von Horst Neugart an. Christel Hausding will ihr Amt als Präsidentin „gerecht und objektiv führen“.

Christel Hausding heißt die Präsidentin der 14. Württembergischen Evangelischen Landessynode. Sie wurde in der Konstituierenden Sitzung der Landessynode am 23. Februar mit 85 von 89 gültig abgegebenen Stimmen gewählt. Drei Synodale enthielten sich bei der geheimen Abstimmung, einer votierte gegen sie. Christel Hausding tritt damit die Nachfolge von Horst Neugart an, der nach sechs Jahren im Amt nicht erneut kandidierte.

Die 58-jährige promovierte Erziehungswissenschaftlerin, die aus dem Rheinland stammt und in Langenau bei Ulm wohnt, sitzt seit 1983 in der Synode. Sie ist Mitglied des kirchenpolitisch konservativen Gesprächskreises „Lebendige Gemeinde“, in dessen Leitung sie tätig war. In der Vergangenheit wirkte Hausding im Ältestenrat der württembergischen Landessynode mit und leitete deren Ausschuss für Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit. Auch auf der Ebene der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ist sie in der Synode engagiert.

Nach ihrer Wahl sprach Hausding von einem „bewegenden Moment“ und dankte den Synodalen für das in sie gesetzte Vertrauen. Sie wolle das Amt der Präsidentin „gerecht und objektiv führen“. Sie rief die Synode auf, „das Ziel nicht aus den Augen zu verlieren, gute Bedingungen zu schaffen, damit Gemeinde Jesu Christi leben und sich weiterentwickeln kann“. Um gemeinsam etwas voranzubringen, sei Vertrauen wichtig, sagte Hausding. Dies müsse im Miteinander gepflegt und eventuell wieder neu gewagt werden. Streit um Positionen müsse zwar sein, „aber um die beste Lösung, nicht gegen Personen oder Gruppen“. Die Präsidentin weiter: „Wir sind Kirche – alle miteinander. An diesem Wir-Gefühl sollten wir noch



Präsidentin der neu gewählten Landessynode:

Mit 85 von 89 Stimmen wurde Christel Hausding (links im Bild mit der Alterspräsidentin der Synode, Gertrud Dorn) in das höchste Amt der 14. Württembergischen Evangelischen Landessynode gewählt.

bewusster arbeiten.“ Mit Vertrauen und Gemeinsamkeit wäre in der Synode eine wichtige Voraussetzung gegeben, „damit wir effektiv arbeiten und zu guten und tragfähigen Ergebnissen kommen können“. Auch die Zusammenarbeit mit dem Oberkirchenrat könne durchaus noch besser werden, mahnte Hausding.

Vor allem solche Entscheidungen, die Zumutungen für Einrichtungen oder Menschen in der Kirche bedeuteten, müssten gemeinsam vertreten werden. Zu den Stellvertretern im Präsidentenamt wurden Gerhard Schubert (Ditzingen) und Wolfgang Traub (Backnang) gewählt.

Aus dem Inhalt

1/2008

Landesbischof Frank Otfried July eröffnet die 14. Landessynode.

Seite 3

Alle Vorsitzenden der Synodalausschüsse im Porträt.

ab Seite 4

Der Landeskirchenausschuss trifft die besonders wichtigen Personalentscheidungen.

Seite 5

Plädoyer für Änderung der Urwahl

Alterspräsidentin Gertrud Dorn skizziert Agenda der Gesprächskreise der Landessynode.

Die synodalen Gesprächskreise sollten in ihren Rechten und Pflichten definiert und in der Geschäftsordnung der Synode verankert werden, forderte Gertrud Dorn (Stuttgart-Feuerbach) in ihrer Rede als Alterspräsidentin. Dies war neben dem Gemeindeaufbau sowie dem diakonischen und ökumenischen Engagement eines der Themen, die sie als Zukunftsaufgaben der Synode skizzierte.

Die Urwahl der württembergischen Landessynode bezeichnete Dorn als „heilige Kuh“, an der man nicht rühren dürfe. Kritisch äußerte sie sich jedoch dazu, dass für eine Synodalkandidatur bislang keinerlei Erfahrung mit der Arbeit in der Ortsgemeinde oder im Kirchenbezirk erforderlich sei. Für die Gemeinden sei eine solche Rückbindung in die Synode sehr wichtig. „Mit der Urwahl und all ihren Zufälligkeiten kann man die Rückbindung aber nicht sicherstellen“, erklärte die Alterspräsidentin. Die Urwahl bedürfe deshalb der Veränderung, um wieder an Akzeptanz zu gewinnen.

Bei der Auswahl der Themen für ihre Agenda hatte sich die Alterspräsidentin nach eigenen Angaben von allen Gesprächskreisen sowie von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden beraten lassen. So sei das Thema des bevorstehenden Kongresses „Wachsende Kirche“ auch als Aufgabe zu verstehen: „Wachsen wollen wir alle!“, bekannte sie. Dazu müsse dem drohenden Traditionsabbruch mit einer „Alphabetisierung“ in biblischem Wissen begegnet werden. „Wir sind den fragenden und suchenden Menschen unter uns eine Antwort schuldig, die ihnen hilft, den Alltag zu meistern, die ihnen Rat und Trost gibt“, erklärte Dorn.

Durch die Strukturveränderungen und Einsparungen der letzten Jahre sei das Klima des Miteinanders in

vielen Gemeinden kälter geworden, bemängelte die Alterspräsidentin. Gemeindeglieder seien nicht genügend vorbereitet und nicht mitgenommen worden auf den notwendigen Weg der Umstrukturierung. Gemeindegrowth und Gemeindeaufbau geschehe jedoch, wenn Menschen in der Gemeinde beheimatet würden und sich dort angenommen fühlten. Die Synode könne das Leben in den Gemeinden durch Ermutigung, aber auch durch die finanzielle und personelle Unterstützung innovativer Projekte fördern. „Wenn man Neues entwickeln will, muss man zunächst investieren: Zeit und Kraft, aber auch Geld“, forderte sie.

Wirtschaftliche Zwänge und zunehmende Professionalität sieht Dorn als Gefahr für das diakonische Profil der Kirche: „Es kann und darf keine christliche Liebestätigkeit geben ohne die Liebe!“ Menschlichkeit und Nächstenliebe seien auch in der Pflege unverzichtbare Merkmale der Diakonie.

Drei Aspekte der Ökumene entfaltete Gertrud Dorn: In der Beziehung zur römisch-katholischen Kirche sprach sie sich für das Ziel einer Gemeinschaft der Kirchen in versöhnter Verschiedenheit aus – „auch wenn die Großwetterlage kalte Winde aus dem Süden bringt“. Die weltweite Kirche komme in der großen Zahl an Kirchenpartnerschaften der württembergischen Landeskirche zur Geltung, sie lebe aber auch direkt in der Nachbarschaft in Person von Menschen anderer Herkunft und Sprache. Die Alterspräsidentin zeigte sich überzeugt: „Die Gemeinschaft der Christen, die Kirche, bietet sich an als Ort der Integration, und als Raum, um miteinander Glauben und Gemeinschaft einzüben.“

Die Würde der Synode wahren



Christel Hausding: Synodale sind nicht „die da oben“, sondern sie sind selbst Gemeindeglieder.

Das Präsidentenamt der Landessynode wird in der über hundertjährigen Geschichte der württembergischen Landessynode nach Dorothee Jetter (1996-2002) zum zweiten Mal von einer Frau besetzt.

Dass sie der Synode einmal als Präsidentin vorstehen könnte, daran hätte Christel Hausding vor 24 Jahren nicht im Traum gedacht. 1984 wurde sie zum ersten Mal und als damals drittjüngstes Mitglied in die Landessynode gewählt, „nicht ahnend, was daraus noch werden sollte“. Daraus wurde der Marsch durch verschiedene Ausschüsse bis an die Spitze der Synode. In ihrem neuen Amt möchte sie „die Würde der Synode wahren“ und die Arbeit und die Aufgaben der Synode in den Gemeinden besser bekannt machen. „Synodale sind nicht ‚die da oben‘, sondern sie sind selbst Gemeindeglieder“, sagt Hausding. Sie bedauert, dass „für viele Mitglieder unserer Kirche die Synode weit weg ist, obwohl synodale Entscheidungen in jede Gemeinde hineinwirken“. Gleichwohl seien Synodale Leitfiguren des kirchlichen Lebens, meint die 58-Jährige. Deshalb möchte sie in den kommenden sechs Jahren das Vertrauen in die Kirchenleitung fördern.

Wie Gemeinde und Kirche einladender und der Gottesdienst belebt werden kann, welche Wege die Kirche in der Alten- und Jugendarbeit gehen sollte – das sind für Christel Hausding zentrale Themen der 14. Landessynode. Dabei möchte sie mit ihrer „ruhigen, sachlichen Art“ eine Brücke zwischen den Gesprächskreisen bauen – und so manche Kontroverse schlichten helfen.

Zugewählt

Die Landessynode hat von ihrem in der Kirchenverfassung stehenden Recht Gebrauch gemacht und durch Zuwahl drei weitere Mitglieder in ihre Reihen aufgenommen. Dabei handelt es sich um die beiden Juristen Wolfgang Dannhorn und Christian Heckel sowie den Böblinger Schuldekan Stefan Hermann. Zusammen mit dem vom Prüfungsausschuss der Evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Tübingen entsandten Hans-Joachim Eckstein zählt die Synode damit nun 94 Mitglieder.

Verkündigung und Mitgestaltung

Landesbischof Frank Otfried July eröffnet die 14. Landessynode: „Ich freue mich auf die kooperative und konstruktive Zusammenarbeit zum Wohl unserer Landeskirche.“

Die Verkündigung des Evangeliums und die Mitgestaltung der Gesellschaft aus der Perspektive des Evangeliums heraus nannte Landesbischof Frank Otfried July in seiner Eröffnungsrede als wichtigste Ziele der kirchlichen Arbeit. Damit könne die Synode einem steigenden Bedürfnis in der Gesellschaft nach Orientierung, nach Verkündigung und dem Engagement der christlichen Gemeinde in Diakonie, Bildung und anderen Lebensfeldern entsprechen.

Erfreut und dankbar zeigte sich der Landesbischof über die große Bereitschaft zur ehrenamtlichen Mitarbeit in kirchlichen Gremien. „Das Engagement von Ihnen allen, denjenigen, die sich bereitgestellt haben, und

denjenigen, die nun gewählt worden sind, zeigt, dass viele, viele Menschen in unserer Kirche bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und Rechenschaft zu geben von der Hoffnung, die in uns ist und uns trägt“, sagte er. Ein kooperatives Zusammenwirken der Verfassungsorgane Landessynode, Landesbischof und Oberkirchenrat sei von der Kirchenverfassung gewünscht, erklärte July. Er selbst könne die Bereitschaft dazu für sich als Landesbischof, aber auch im Namen des gesamten Kollegiums des Oberkirchenrats „mit großer Freude“ erklären. „Ich freue mich auf die kooperative und konstruktive Zusammenarbeit zum Wohl unserer Landeskirche“, rief er den Synodalen zu.

Der in den nächsten Jahren gemeinsam zu beschreitende Weg solle vor allem „aufbauende Ruhe“ ausstrahlen, führte der Bischof weiter aus. Auf diesem Weg gehe es nicht allein um innerkirchliche Fragestellungen, sondern auch um Fragen geistlicher und sozialer Art und damit um Fragen, die nah an das Leben der Menschen kämen. „Das ist ein Weg, der schwierigen Problemen nicht ausweicht“, so July, „ein Weg, bei dem wir hoffentlich die orientierende Kraft des christlichen Glaubens in einer Weise miteinander bezeugen können, die Menschen in diesem Land einlädt, neu darüber nachzudenken, was Glaube ist, und neu zu erfahren, was Liebe und Barmherzigkeit ist.“

Aufbruch in eine neue Ära

Staatssekretär Hubert Wicker überbringt der neu gewählten Landessynode die Grüße der Landesregierung.

Die 14. Württembergische Evangelische Landessynode breche auf in eine neue Ära, sagte der Kirchenbeauftragte der Landesregierung, Staatssekretär Hubert Wicker in seinem Grußwort. Der im vergangenen Herbst abgeschlossene Staatskirchenvertrag stelle einen Meilenstein dar in der Geschichte der württembergischen Landeskirche. Der Staatssekretär überbrachte die Grüße des Ministerpräsidenten und der Landesregierung. „Mit dem grünen Licht, das Kirchen und Landesparlament zu dem Vertrag gegeben haben, ist die Zusammenarbeit auf eine verlässliche Grundlage gestellt worden“, erklärte Wicker. „Die jahrhundertealten Beziehungen zwischen Kirche und Staat sind stabil, umfassend und vielfältig. Es ist gut, sie in der Form des Vertrages nachprüfbar, transparent und dauerhaft darzustellen.“ So sei nun festgeschrieben, mit welchen staatlichen Leistungen die Kirchen fest rechnen könnten, etwa für die theologischen Fakultäten oder den Religionsunterricht.

Die Zusammensetzung der Synode repräsentiere die verschiedenen Ausprägungen und Strömungen

des schwäbischen Protestantismus farbig, sagte der Staatssekretär. Er empfahl den Synodalen Kompromiss- und Dialogbereitschaft. Das beste Gesetz oder die beste Lösung erfordere oft ein Nachgeben, so Wicker. Dies bedeute aber nicht, dass das Profil aufgegeben werden müsse. Der Kirchenbeauftragte wies darauf hin, dass sich der Wirkungsbereich von Staat und Kirche überschneiden. „Die Synode greift immer wieder Themen auf, die landespolitisch von Bedeutung sind und gleichzeitig kirchliche Interessen berühren“, erklärte er. „Damit ist eine Brücke geschlagen hin von der Kirche zum Staat.“

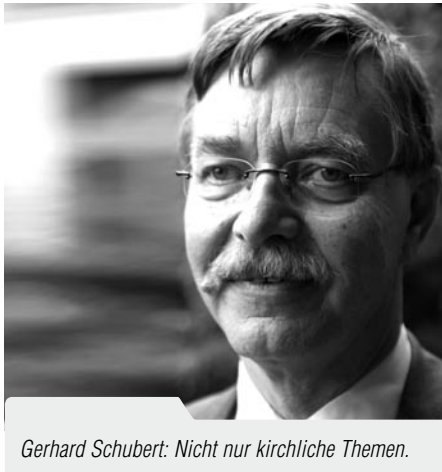
Für die Arbeit der nächsten sechs Jahre wünschte Wicker der Synode auch im Namen der Landesregierung alles Gute. „Sie werden in den kommenden Jahren zur Gestaltung Ihrer Landeskirche beitragen, aktiv Ihre Stimme zu gesellschaftlichen Themen erheben und Mitverantwortung für kirchliche Finanzen und Gesetze tragen“, betonte er. „Dafür wünsche ich jedem Mitglied der 14. Landessynode Mut und Kraft, Verantwortungsbewusstsein und Gottes Segen.“

Die Synodalwahl 2007 ist gültig. Da Einsprachen gegen die Synodalwahl nicht erfolgt sind und auch andere Anhaltspunkte für eine ungültige Wahl nicht vorlagen, hat die Synode gemäß Paragraph 7 der Kirchenverfassung das Ergebnis der Synodalwahl vom letzten Jahr für gültig erklärt.

53 von 90 gewählten Synodalen treten ihr Amt neu an. Sie wurden vom Landesbischof per Handschlag auf folgendes Gelübde verpflichtet: „Ich gelobe vor Gott, mein Amt als Mitglied der Landessynode im Aufsehen auf Jesus Christus, den alleinigen Herrn der Kirche, zu führen. Ich will in meinem Teil dafür Sorge tragen, dass die Kirche in Verkündigung, Ordnung und Leben auf den Grund des Evangeliums gebaut werde, wie es in der Heiligen Schrift gegeben und in den Bekenntnissen der Reformation bezeugt ist, ich will die Verfassung der Kirche gewissenhaft wahren und darauf Acht haben, dass falscher Lehre, der Unordnung und dem Ärgernis in der Kirche gewehrt werde. So will ich treulich mithelfen, dass die Kirche in allen Stücken wachse an dem, der das Haupt ist, Christus.“

Für ein faires und offenes Miteinander

Gerhard Schubert ist mit 75 von 87 Stimmen erneut zum ersten stellvertretenden Präsidenten gewählt worden. Schubert gehört der Landessynode seit 2002 an. Von der 14. Landessynode erwartet der 59-Jährige, der Gemeindepfarrer in Stuttgart-Stammheim ist, ein faires und offenes Miteinander. Bei allen inhaltlichen Gegensätzen dürfe dem Gegenüber der gute Wille nicht abgesprochen werden.



Gerhard Schubert: Nicht nur kirchliche Themen.

Für die kommenden sechs Jahre will Gerhard Schubert sich dafür einsetzen, dass die Landessynode sich nicht nur auf innerkirchliche Themen beschränkt. Sie müsse auch ihre gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Wenn ihr dies gelinge, rücke ihre Arbeit wieder stärker ins Blickfeld der Öffentlichkeit. Die Hauptaufgaben des Präsidiums der Landessynode, sieht er demnach auch darin, der Synode konstruktives Arbeiten zu ermöglichen. Vorgänge müssten klar strukturiert und für alle Beteiligten durchschaubar sein. „Außerdem geht es immer auch darum, die Synode und ihre Arbeit nach außen – Kirchenleitung, andere Kirchen, Öffentlichkeit und Politik – sichtbar werden zu lassen und zu vertreten.“

Die zentralen Themen, die die 14. Landessynode beschäftigen werden, sieht Schubert darin, den interreligiösen Dialog – besonders mit Muslimen – voranzubringen und Stellung zu beziehen zu Armut und Reichtum in der Gesellschaft. Schubert gehört dem Gesprächskreis „Offene Kirche“ an und stammt aus Ditzingen. Für die Wahl zur Landessynode hatte er sich im Wahlkreis Ditzingen-Leonberg aufstellen lassen.

Vielfalt als Bereicherung

Seinem Hobby wird der stellvertretende Präsident der Landessynode auch die nächsten sechs Jahre nicht nachkommen können. Unzählige Dias habe er noch zu rahmen, erzählt Wolfgang Traub, doch habe er bisher die Zeit dazu nicht gehabt – und auch künftig werde er sie nicht haben. Das sagt der Hobbyfotograf ohne Bedauern, schließlich warten in seinem neuen Amt viele andere spannende Aufgaben auf ihn.

Eine dieser Aufgaben sei es, die Kommunikation zwischen Gemeindegliedern und Synode zu stärken. „Die Belange von Kirchengemeinden und Kirchenbezirken in der Synode vertreten“ – das sei der Beweggrund für seine Kandidatur für das Präsidiumsamt gewesen. In seinen bislang acht Jahren als Dekan in Backnang hat Wolfgang Traub „vielfältige Gemeindesituationen“ erlebt. Ob das neue Formen des Gemeindelebens oder des Gottesdienstes sind – wichtig sei, „dass Kirche diese Vielfalt als Bereicherung schätzt“.

Wichtig ist dem 52-Jährigen auch, „dass unsere Kirche Volkskirche ist und bleibt und unsere Gesellschaft mitgestaltet“. Die Kirche müsse die Zusammenarbeit sowohl mit der Schule als auch mit den diakonischen Einrichtungen intensivieren und sich ihrer Bildungsverantwortung in einer sich verändernden Bildungslandschaft bewusst sein. Entgegenwirken will der gebürtige Boller einer Verinselung von Kirche und Gesellschaft und dem Zerfall in Milieugruppen. „Wir sind eine christliche Gemeinde“, betont der Vater zweier erwachsener Söhne.



Wolfgang Traub: Die Kommunikation zwischen den Gemeindegliedern und der Synode stärken.

Christsein in der Kirche einüben



Dorothea Gabler: Zugang zur Kirche erleichtern.

Dorothea Gabler wurde zur Vorsitzenden des Theologischen Ausschusses gewählt. Menschen zum christlichen Glauben und Leben zu verhelfen, sieht sie als eine der wesentlichen Aufgaben an. Zwar seien in Württemberg volkskirchliche Traditionen nicht in dem Maß abgebrochen wie im Osten und Norden Deutschlands, dennoch gelte es auch hier, Menschen den Zugang zur Kirche zu erleichtern. „Auf diesem Weg muss die Kirche auch jenseits der Traditionen ansetzen, zum Beispiel bei den Liedern“, so die Dozentin für Altes Testament und Praktische Theologie an der Missionsschule in Unterweissach. Das Impulspapier der EKD sieht sie als wichtigen Beitrag zur Entwicklung von Kirche an. Sie schätzt darin speziell die Anregungen zu neuen Gemeindeformen und zum Verhältnis von Ehren- und Hauptamtlichen. In den nächsten Jahren gehe es um die Fragen: Was ist Kirche? Wie kann Kirche heute leben? Es gehe darum, dafür neue kirchliche Strukturen zu finden, nicht nur bestehende zu retten. Heute repräsentiere der Pfarrer oder die Pfarrerin vielfach allein die Gemeinde, das könne und müsse sich wohl ändern, so Gabler. In Bezug auf die gesamte Landeskirche sagt sie: „Ich würde mir manchmal ein mutigeres Handeln wünschen, damit sich das Schiff Kirche schneller bewegen kann.“

Dem Theologischen Ausschuss gehören außerdem an: Ernst-Wilhelm Gohl als stellvertretender Vorsitzender, Jochen Baumann, Elke Dangelmaier-Vinçon, Hans-Fritz Deitigsmann, Joachim Eckstein, Eva Glock, Jutta Henrich, Martin Hug, Steffen Kern, Ulrike Mehne, Angela Schwarz, Werner Trick, Hans Veit, Kerstin Vogel-Hinrichs und Michael Werner.

Kirchliche Leitungsämter besetzen

Der Landeskirchenausschuss trifft in der Evangelischen Landeskirche in Württemberg die besonders wichtigen Personalentscheidungen.

„Der Landesbischof bildet mit dem Präsidenten der Landessynode und sieben weiteren Mitgliedern der Landessynode den Landeskirchenausschuss. Unter den weiteren Mitgliedern der Landessynode müssen sich mindestens vier Laien befinden“, heißt es in der im Jahr 2006 geänderten Kirchenverfassung. Im Vergleich zur letzten Synode waren damit vier Synodale mehr zu wählen, die zusammen mit Landesbischof Frank Otfried July und der Präsidentin Christel Hausding im Landeskirchenausschuss über die wichtigsten Stellenbesetzungen innerhalb der Landeskirche entscheiden. Gewählt wurden Martin Allmendinger (Denkendorf) von „Kirche für morgen“, Winfried Dalferth (Nattheim) von „Evangelium

und Kirche“, Anita Gröh (Bad Überkingen), Susanne Mauch-Friz (Stuttgart), beide von der „Offenen Kirche“, Ellen Oberman (Filderstadt-Bernhausen) von „Evangelium und Kirche“, Werner Schmückle (Stuttgart) und Volker Teich (Schorndorf), beide von der „Lebendige Gemeinde“.

Der Landeskirchenausschuss, in dem der Landesbischof den Vorsitz innehat, beschließt mit Stimmenmehrheit über die Ernennung der Prälaten und der übrigen Mitglieder des Oberkirchenrats. Auch bei der Besetzung von Dekansstellen und anderer für die Landeskirche besonders wichtiger Stellen führt an der mehrheitlichen Zustimmung des Landeskirchenausschusses kein Weg vorbei. Der Landeskirchen-

ausschuss beschließt auf Antrag oder nach Anhörung des Oberkirchenrats, über den er Dienstaufsicht hat.

Als persönliche Vertreter der Ausschussmitglieder wurden gewählt: Markus Benz (Esslingen, für Susanne Mauch-Friz), Fritz Deitigsmann (Rot am See, für Martin Allmendinger), Tabea Dölker (Holzgerlingen, für Ellen Oberman), Gottfried Holland (Freudenstadt, für Werner Schmückle), Steffen Kern (Waldorfhäslach, für Volker Teich), Martin Plümcke (Reutlingen, für Anita Gröh) und Beatus Widmann (Mühlacker-Dürrmenz, für Winfried Dalferth). Auf Inge Schneider (Schwaikheim) fiel die Wahl zur persönlichen Stellvertreterin von Präsidentin Christel Hausding im Landeskirchenausschuss.

Vertretung der Landessynode

15 Synodale können im Geschäftsführenden Ausschuss für die Landessynode Entscheidungen treffen, sofern diese unaufschiebbar sind.

Der ehemalige Ständige Ausschuss heißt nun Geschäftsführender Ausschuss. Er besteht aus der Präsidentin der Landessynode, ihren beiden Stellvertretern und weiteren zwölf von der Synode gewählten Mitgliedern. Der Geschäftsführende Ausschuss vertritt die Synode, wenn sie nicht tagt, bereitet ihre Sitzungen vor und kann Regelungen erlassen, die nicht bis zur nächsten ordentlichen Tagung der Landessynode aufgeschoben werden können. Zudem nehmen die Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses bei wichtigen Verordnungen an den Beratungen des Oberkirchenrats stimmberechtigt teil.

In den geschäftsführenden Ausschuss gewählt wurden: Tabea Dölker (Holzgerlingen), Eva Glock (Heidenheim), Anne Hettinger (Schorndorf), Beate Keller (Süßen), Steffen Kern (Waldorfhäslach), Markus Munzinger (Dettingen), Martin Plümcke (Reutlingen), Ingeborg Raab (Crailsheim), Petra Ruffner-Käpplinger (Renningen), Andreas Schäffer (Cleebronn), Marion Scheffler-

Duncker (Weissach) und Werner Trick (Neuenbürg). Stellvertretend gehören dem Ausschuss an: Martin Allmendinger (Denkendorf, für Markus Munzinger), Roland Beck (Balingen, für Werner Trick), Elke Dangelmaier-Vinçon (Nürtingen, für Martin Plümcke), Hanna Fuhr (Reutlingen, für Eva Glock), Dorothea Gabler (Maubach, für Steffen Kern), Reinhard Kafka (Bad Wildbad, für Ingeborg Raab), Harald Klingler (Bad Urach, für Tabea Dölker), Harald Kretschmer (Tübingen, für Petra Ruffner-Käpplinger), Werner Pichorner (Meßstetten-Tieringen, für Marion Scheffler-Duncker), Werner Schmückle (Stuttgart, für Anne Hettinger), Inge Schneider (Schwaikheim, für Andreas Schäffer) und Volker Teich (Schorndorf, für Beate Keller).

Sämtliche 15 Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses bilden nun in der neuen Synode den Ältestenrat. Dessen Aufgabe besteht in der Unterstützung des Präsidenten bei der Geschäftsführung und bei der Aufstellung der Tagesordnung für die Sitzungen.

Schriftführer und Protokollausschuss

Zu Schriftführern wurden zehn der jüngsten Mitglieder der Synode gewählt: Jochen Baumann (Blaufelden), Markus Benz (Esslingen), Matthias Böhrer (Bönnigheim), Heiko Bräuning (Wilhelmsdorf), Markus Brenner (Ostfildern), Matthias Hanßmann (Herrenberg), Anne Hettinger (Schorndorf), Anja Holland (Bad Teinach), Beate Keller (Süßen) und Kerstin Leuz (Oedheim). Jeweils zwei Schriftführer unterstützen das jeweilige Präsidiumsmitglied bei der Leitung der Plenardebatte, indem sie die Rednerliste führen und bei der Feststellung von Abstimmungs- und Wahlergebnissen helfen. Falls Zweifel am Protokoll entstehen sollten, entscheidet der Protokollausschuss. Ihm gehören Jutta Henrich (Ulm), Sibylle Lehmann (Owen) und Rose Vetter (Herrenberg) an.

Die Sommertagung der Landessynode findet vom 3. bis 5. Juli 2008 im Stuttgarter Hospitalhof statt. Weitere Informationen gibt es rechtzeitig unter www.elk-wue.de.

Gute Rahmenbedingungen schaffen

„Der Rechtsausschuss soll kein eigenes rechtspolitisches Programm verfolgen, sondern gute Rahmenbedingungen für den Dienst am Wort und am Nächsten in den Gesetzen der Landeskirche schaffen.“ Darauf legt der neu gewählte Vorsitzende Wert: Christian Heckel aus Sigmaringen. Dennoch hat er klare Vorstellungen von künftigen Schwerpunkten. Es gebe einen „großen Wunsch nach mehr Transparenz bei der Pfarrstellenbesetzung“. Es gelte, den Oberkirchenrat kritisch bei der Visitation zu begleiten. Zudem habe die vergangene Synode einige offene Themen hinterlassen, sagt Heckel und verweist auf den Konfirmandenunterricht, die Situation der Pfarrhäuser und Pfarrfamilien sowie die Grenzen der Kirchenbezirke. Inhaltlich hat der Richter am Verwaltungsgerichtshof in Mannheim einiges einzubringen: Heckel hat Jura und Theologie studiert und über die Kirchengemeinschaft der EKD promoviert. Seit mehr als zehn Jahren ist er ehrenamtlich in der Landeskirche engagiert, war juristischer Berater im Landeskirchenausschuss und gehört der Landessynode seit 2003 an.



Christian Heckel: Keine eigene Rechtspolitik.

Wie sehr ihm die Pfarrer am Herzen liegen, hat er in der vergangenen Periode bewiesen: „Pfarrer sind Manager. In der Gesellschaft steigen die Managergehälter. Viele Manager predigen Wasser und saufen Wein. Von den Pfarrern verlangen wir, dass sie Wein predigen. Wir aber wollen ihnen nur Wasser zu trinken geben.“

Als stellvertretenden Vorsitzenden hat der Ausschuss Werner Schmückle gewählt. Weitere Mitglieder sind Wolfgang Dannhorn, Paul Eckert, Walter Keppler, Markus Munzinger, Ellen Oberman, Martin Plümcke, Dieter Schenk, Erika Schlatter, Gerhard Schubert, Wolfgang Traub und Thomas Wingert.

Nicht mehr ausgeben als einnehmen



Inge Schneider: Generationengerecht haushalten.

Einen „generationengerechten Haushalt“ zu haben ist das Ziel der neuen Vorsitzenden des Finanzausschusses, Inge Schneider. Für die Schwaikheimer Lehrerin bedeutet dies: „Nicht mehr ausgeben als einnehmen, neue Daueraufgaben nur dann übernehmen, wenn andere dafür wegfallen, und abarbeiten der Altlasten.“ Die Versorgungsverpflichtungen kirchlicher Mitarbeiter müssten abgesichert werden. Was bei den Angestellten begann, müsse bei den Kirchenbeamten fortgesetzt werden. Die in der vergangenen Synode im Rahmen der Bildungskonzeption beschlossene Gebäudesanierung gelte es umzusetzen, die Pfarrhausrichtlinien seien so zu überarbeiten, dass eine energetische Sanierung gefördert werden könne. Den Theologinnen und Theologen möchte Schneider entgegenkommen: Die Absenkung der Gehälter für Pfarrer z. A. (zur Anstellung) gelte es wieder aufzuheben. Inge Schneider gehört der Synode seit 1996 an. Die Mutter dreier erwachsener Söhne engagiert sich darüber hinaus nebenberuflich als Seelsorgebeauftragte bei einem diakonischen Träger. Nach Erfahrungen in der Jugendarbeit und im Religionsunterricht arbeitete sie von 1983 bis 1986 im Auftrag der Herrnhuter Mission in Tansania.

Als stellvertretende Vorsitzende wurde Ingeborg Raab gewählt. Weitere Mitglieder des Ausschusses sind: Joachim L. Beck, Markus Benz, Andrea Bleher, Axel Ehrmann, Kai Feneberg, Michael Fritz, Christel Hausding, Reinhard Kafka, Reiner Klotz, Kurt König, Hans Leitlein, Helmut Mergenthaler und Andreas Schäffer.

Wachsende Kirche durch Bildung

Wie in der vergangenen Legislaturperiode wurde Harald Klingler, Dekan aus Bad Urach, zum Vorsitzenden des Ausschusses für Bildung und Jugend gewählt. Der Ausschuss für Bildung und Jugend werde sich in der nächsten Zeit mit der Umsetzung der neuen Bildungskonzeption der Landeskirche beschäftigen, erklärte Klingler und betonte: „Wir werden um der Bedeutung der Bildungsarbeit und um der betroffenen Mitarbeiter willen die Umsetzung baldmöglichst zum Abschluss bringen müssen.“ Weitere Themenfelder des Ausschusses werden die Veränderungen im Schulwesen, die Sicherung des Religionsunterrichts, die Schulseelsorge, der Konfirmandenunterricht und die Arbeit der evangelischen Kindertagesstätten sein, sagte Klingler. Er betonte die Bedeutung der Bildungsarbeit „für eine Kirche, die wachsen will“. Dennoch werde sich die Landeskirche „von wichtigen Aufgaben verabschieden müssen“. Aber diese Diskussion müsse schließlich in allen Bereichen geführt werden, so Klingler.

Den stellvertretenden Ausschussvorsitz übernimmt Robby Höschele. Als weitere Mitglieder des Ausschusses wurden gewählt: Elisabeth Bahret, Matthias Böhler, Tabea Dölker, Sigrid Erbes-Bürkle, Hanna Fuhr, Stefan Hermann, Anne Hettinger, Siegfried Jahn, Petra Ruffner-Käpplinger, Marion Scheffler-Duncker, Werner Stepanek und Rose Vetter.



Harald Klingler: Bildungskonzeption umsetzen.

Klimaschutz und Globalisierung



Michael Seibt: Dialog mit der Gesellschaft.

Michael Seibt wurde zum neuen Vorsitzenden des Ausschusses Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit gewählt. Der Pfarrer aus Stuttgart-Weilimdorf gehört zum ersten Mal der Landessynode an. Vordringliche Themen, die den Ausschuss beschäftigen werden, sind laut Seibt der Beitrag der Kirche zum Klimaschutz, die sich verändernde Arbeitswelt in Zeiten der Globalisierung, die zunehmende Segmentierung der Gesellschaft und die steigende Gewalt von Jugendlichen. Hier stelle sich für die Kirche die Frage, ob „wir die Grenzen unseres eigenen Milieus überwinden können“, erklärte der Ausschussvorsitzende. Zu diesen gesellschaftspolitischen Themen seien klare Stellungnahmen vom Ausschuss gefordert, aber dies „könne nur im Dialog und in der Kooperation mit anderen gesellschaftlichen Gruppen“ geschehen. Neben Entscheidungen, die aus der Haushaltsperspektive getroffen werden müssen, sei es wichtig, „das Ganze nicht aus den Augen zu verlieren“. Dazu brauche es theologische Kriterien als Handlungsgrundlage, so Seibt. Eine der größten Herausforderungen für den Ausschuss werde es sein, „Entscheidungen zu treffen, die unter Umständen wehtun“.

Zum stellvertretenden Vorsitzenden hat der Ausschuss Volker Teich gewählt. Außerdem gehören folgende Synodale dem Ausschuss an: Ruth Bauer, Markus Brenner, Waltraud Bretzger, Winfried Dalferth, Margarete Föll, Anja Holland, Beate Keller, Ruth Rapp, Franziska Stocker-Schwarz, Gudrun Theurer sowie Cornelia Zeifang.

Kirche und Diakonie vernetzen

Er hat in zwölf Jahren Landessynode „tiefe Einblicke und noch mehr Weitblick über die bisherigen Grenzen“ gewonnen. Jetzt wurde Roland Beck zum Vorsitzenden des Ausschusses für Diakonie gewählt. Der 51-Jährige Balingen will dazu beitragen, „Kirchengemeinden, die sich diakonisch ausrichten und Diakonieveranstaltungen, die sich auf die Kirchengemeinden ausrichten“ besser zu vernetzen. Er ist davon überzeugt, dass Landeskirche und Diakonisches Werk das Potenzial habe, „politisch und gesellschaftlich gehört zu werden, wenn sie mit einer Stimme sprechen“ und ihre Botschaften klar und deutlich formulieren. Als „herausfordernde Themen“ beschreibt Beck unter anderem den gesellschaftlichen Umgang mit sterbenden Menschen, den „gefährdeten Wert von Kindern in unserer Gesellschaft“ und die fortschreitende Armutsentwicklung. Der gelernte Krankenpfleger leitete den Pflegedienst der kirchlichen Sozialstation in Albstadt-Tailfingen, engagierte sich nebenberuflich als Lehrer an einer Altenpflegeschule und übernahm nach dem postgradualen Studium „Organisations- und Personalentwicklung“ 1996 die Leitung der Stiftung Augustenhilfe in Albstadt. In seiner Freizeit setzt sich der Vater dreier erwachsener Töchter gerne ans Schlagzeug oder aufs Rad oder engagiert sich in der Jugend- und Chorarbeit, beim CVJM und in der landeskirchlichen Gemeinschaft.

Als stellvertretender Vorsitzender wurde Erich Haller gewählt. Dem Ausschuss für Diakonie gehören des Weiteren an: Martin Allmendinger, Heiko Bräuning, Eberhard Daferner, Horst Haar, Rainer Hinderer, Gottfried Holland, Sibylle Lehmann, Margarete Mühlbauer, Werner Pichorner sowie Kristina Reichle.



Roland Beck: Gemeinden diakonisch ausrichten.

Mission als Lebenszeichen



Harald Kretschmer: Ökumene keine Einbahnstraße.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Mission und Ökumene ist ein Mann der Praxis. Sieben Jahre lang leitete Harald Kretschmer in Äthiopien ein Krankenhaus. In dieser Zeit wurde ihm bewusst, dass es nicht die sogenannte „Buschmedizin“ in Afrika, sondern eine „Luxusmedizin“ in den reichen Ländern gebe. „Unsere Art, Medizin zu betreiben und Kirche zu sein, ist die absolute Ausnahme in der Welt“, weiß der Arzt. Als „Zeugnis der Kirche“ wollte er seine Arbeit in Äthiopien verstanden wissen, als Zusammenspiel von verkündetem Evangelium und diakonischer Arbeit. „Mission ist ein Lebenszeichen unserer Kirche“, sagt der 68-Jährige. Sie sei nicht mit Kolonisation zu verwechseln, sondern mit der Sendung in andere Länder gleichzusetzen. Missionarische Tätigkeit werde im Gottesdienst ausgelöst, den er gestärkt sehen möchte. Die Verbindung der Landeskirche zu anderen Kirchen und Weltreligionen müsse ausgebaut und der Austausch zwischen den Kirchen des Südens gefördert werden. „Ökumene ist keine Einbahnstraße“, betont der Mediziner. Der in Stettin Geborene verbrachte viele Jahre in Norddeutschland und kam nach der Rückkehr aus Äthiopien 1978 nach Tübingen, wo er 24 Jahre lang die Tropenklinik leitete. Kretschmer engagiert sich für traumatisierte Flüchtlinge in Stuttgart, in der Betreuung Schwerkranker und in der Schuldnerberatung. In der Freizeit spielt er Querflöte und kümmert sich um seine Enkelkinder.

Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Martin Brändl gewählt. Ferner gehören dem Ausschuss für Mission und Ökumene an: Dieter Abrell, Gertrud Dorn, Anita Gröh, Matthias Hanßmann, Ulrich Hirsch, Kerstin Leuz, Susanne Mauch-Friz, Walter Stern, Beatus Widmann.

Erste Anträge an Ausschüsse übergeben

Die Landessynode verwies gegen Ende des ersten Sitzungstages Anträge zur Bearbeitung in die entsprechenden Ausschüsse. Es geht in der Arbeit in den Ausschüssen um die Themen Finanzen, Ökologie, Jugendarbeit, Diakonie und Gemeinde.

Der Finanzausschuss wird sich mit einem Antrag von Martin Plümicke (Reutlingen) beschäftigen. Er beantragte für den Haushaltsplan 2009 eine Entnahme aus der „Gemeinsamen Ausgleichsrücklage der Kirchengemeinden“, um sie den Kirchengemeinden in Form einer zusätzlichen Kirchensteuerzuweisung zur Bildung von Substanzerhaltungsrücklagen ihrer Gebäude zukommen zu lassen. Petra Ruffner-Käpplinger (Renningen) stellte den Antrag zu einer rechtlichen Überprüfung, um die grundsätzliche Ablehnung von Photovoltaikanlagen auf Kirchendächern zu überwinden. Der Rechtsausschuss wird sich mit diesem Antrag befassen und den Ausschuss für Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit konsultieren. Um die Folgen der Einführung der Ganztagschule für die evangelische Jugendarbeit ging es in einem Antrag von Volker Teich (Schorndorf). Der Ausschuss für Bildung und Jugend wird sich mit der Frage befassen, wie konzeptionell darauf geantwortet werden kann.

Erich Haller (Aalen) stellte den Antrag zur Einrichtung einer dreijährigen Projektstelle „Sozialforum“ in der Landeskirche. Sie solle zur Stärkung der Sprach- und Handlungsfähigkeit von Kirche und Diakonie vor Ort als auch auf landeskirchlicher Ebene im Kontext Armut, Arbeitsmarkt und sozialer Gerechtigkeit führen. Der Finanzausschuss der 13. Landessynode hatte die Finanzierung des Projektes in die Zuständigkeit des Diakonischen Werkes Württemberg verwiesen. Das sei das falsche Signal, so Haller. Diese Aufgabe solle als Aufgabe der ganzen Gemeinde wahrgenommen und im Gemeindealltag gelebt werden. Der Antrag wurde an den Finanzausschuss mit Konsultation des Diakonieausschusses verwiesen.



Viele Abstimmungen prägten den ersten Synodaltag.

Um den Lebens- und Lernort Gemeinde ging es in einem Antrag von Tabea Dölker (Holzgerlingen). Der Oberkirchenrat wird darin gebeten, eine Arbeitsgruppe für dieses Thema einzusetzen. Die Arbeitsgruppe solle Chancen und Möglichkeiten aufzeigen, die sich durch die Verschränkung von Kirchengemeinden mit der öffentlichen Bildungsverantwortung, beispielsweise im Religionsunterricht, ergeben. Die Präsidentin verwies den Antrag in den Ausschuss für Bildung und Jugend. Steffen Kern (Waldorfhäslach) bat den Oberkirchenrat, ein Jahr mit dem Schwerpunkt Gottesdienst durchzuführen. Mit seinem Antrag wolle er die Freude am gottesdienstlichen Leben in den Gemeinden fördern, Erfahrungen über einladende Gestaltung und neue Formen vernetzen und mehr Menschen zum Gottesdienstbesuch motivieren. Der Antrag wurde an den Theologischen Ausschuss verwiesen.

Der Antrag von Andreas Schäffer (Cleeborn) über die Vielfalt von Gemeindeformen in der Landeskirche wurde an den Theologischen Ausschuss mit Konsultation des Rechts- und Finanzausschusses verwiesen.

Markus Munzinger (Dettingen) stellte an den Oberkirchenrat den Antrag, einen Beirat einzurichten, der die Arbeit „Milieuüberschreitung kirchlicher Arbeit“ begleitet. Im Antrag erklärte er, es sei wichtig, dass damit eine gründliche Auseinandersetzung mit dem Thema „Gründung von profil- und netzwerkorientierten Gemeinden innerhalb der evangelischen Landeskirche in Württemberg“ erfolge. Der Theologische Ausschuss wird sich damit befassen.

Die Umsetzung der „Sicherung und Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen“ war Inhalt des Antrags von Hanna Fuhr (Reutlingen). Darin wird der Oberkirchenrat gebeten, bis zur Sommersynode 2008 eine Gesamtstrategie für die Umsetzung zu entwickeln. Schon die 13. Landessynode habe sich eindeutig für die konsequente Unterstützung und Stärkung der evangelisch profilierten Bildungsarbeit für Kinder und ihre Familien ausgesprochen, heißt es in der Begründung. Der Antrag wurde von der Präsidentin dem Ausschuss für Bildung und Jugend übergeben.

Impressum

Herausgeber: Evangelisches Medienhaus GmbH
 Redaktion: Astrid Günther, Stephan Braun, Dietmar Hauber, Sybille Kannwischer, David Kobow, Wolf-Dieter Retzbach, Christian Tsalos (verantwortlich), Peter Steinle, Stefan Wittig
 Fotos: David Kobow
 Layout, Herstellung: Evangelisches Medienhaus GmbH, Augustenstraße 124, 70197 Stuttgart

„beraten und beschlossen“ wird nach Tagungen der Landessynode erstellt. Es ist kostenlos zu beziehen bei: Evangelisches Medienhaus GmbH
 Augustenstraße 124 | 70197 Stuttgart
 Fon 0711 22276-58 | Fax 0711 22276-81
 kontakt@elk-wue.de | www.elk-wue.de



EVANGELISCHE LANDESKIRCHE
 IN WÜRTTEMBERG